

Argumentieren und dekonstruieren – die AfD in der politischen Debatte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Es ist nicht nur unter den wahlkämpfenden Parteien umstritten, ob die AfD zum Spektrum der demokratischen Parteien zu zählen ist. Immer wieder formulieren führende AfD-Vertreter*innen Positionen, die dem äußersten „rechten Rand“ zuzurechnen sind. Diese Zuschreibung wird dann wiederum von der AfD (meist verzögert) zurückgewiesen.

Belegt sind vielfache Verbindungen von AfD Mitgliedern – auch auf der Führungsebene – zu extrem rechten Kreisen. Im Wahlprogramm für die anstehende Bundestagswahl finden sich Passagen, die eindeutig dem äußeren rechten Spektrum zuzurechnen sind bzw. in diese Richtung offen sind (vgl. Kellersohn, 2016). Auch die Nähe von führenden Parteimitgliedern zu Pegida und ihren Ablegern ist belegt (z.B. Alexander Gauland). Personen wie der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke provozieren durch rassistische Äußerungen, denen nur halbherzig und mit erheblicher zeitlicher Verzögerung seitens der Parteiführung widersprochen wird.

Die AGJF hat sich intensiv mit dieser Partei auseinandergesetzt. Für uns ist sie eine rechtspopulistische Partei, die mit den Ängsten der Menschen spielt und sich auf deren Kosten profiliert, die mit nationalistisch und immer wieder auch rassistisch gefärbten Positionen und Parolen Politik macht.

Es stellt sich die Frage nach dem richtigen Umgang – gerade auch im Hinblick auf Jugendliche. Die anstehende Bundestagswahl verstärkt die Problematik: Soll mit der AfD gesprochen bzw. diskutiert werden oder soll die Partei von politischen Diskussionen ausgeschlossen sein? Viele Politikwissenschaftler*innen sind der Meinung, die AfD müsse mit politischen Argumenten „gestellt“ werden. Auch viele Jugendliche verstehen es als undemokratisch oder gar als feige, wenn die AfD nicht mit Argumenten, sondern mit Verboten bekämpft wird.

Das ist aber alles andere als einfach. Diskussionen mit der AfD erweisen sich als schwierig - teilweise sind ihre Gesprächs- und Argumentationstechniken geschickt aufgebaut, deren tatsächlicher Gehalt nicht auf den ersten Blick erkennbar. Gerade für Jugendliche sind Gegenargumente kaum ohne Vorbereitung stringent aufzubauen. Daher ist eine sehr gute Vorbereitung notwendig. Ansonsten bieten wir der AfD nur eine Bühne für ihre rechtspopulistischen Positionen.

Um eine solche Vorbereitung zu erleichtern, haben wir ein paar ausgewählte Phänomene im Zusammenhang mit der Partei analysiert, die darin steckenden Argumentationsstrategien und -techniken herausgearbeitet, damit wir in der Diskussion mit Jugendlichen nicht in die gestellten Fallen laufen.

Die folgende Auswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll ein paar Hinweise geben, was bei einer Vorbereitung wichtig ist.

1. Unklare Positionen

Eine häufige Schwierigkeit ist, dass sich Spitzenpersonal, Wahlprogramm, Mitglieder und Unterstützer in einem fort gegenseitig widersprechen. Es ist kaum eine klare Position der Partei erkennbar. So hat sich beispielsweise der Spitzenkandidat der Partei, Jörg Meuthen, immer wieder deutlich von Positionen und Formulierungen im Wahlprogramm

für die Landtagwahl in Baden-Württemberg distanziert. Dort ist z.B. von einer „gleichgeschalteten Presse“ die Rede. Diesen Begriff, so Meuthen in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung, würde er nie benutzen. Die Absicht ist, sich selbst als gemäßigten, vernünftigen Teil der AfD darzustellen, der die problematischen (z.B. fremdenfeindlichen, extrem rechten oder auch neoliberalen) Äußerungen der anderen Parteimitglieder zu kanalisieren und zu mäßigen weiß. Dass er sich damit gegen den aktuellen Mainstream der Partei stellt, sagt er nicht.

Zentral in den Positionierungen und Äußerungen ist das Thema Geflüchtete. Die AfD hat dieses Thema gezielt zu ihrem Hauptthema gemacht, obwohl kaum ein Thema weniger für den Wahlkampf taugt als dieses. Immer wieder macht sie mit steilen Parolen auf sich aufmerksam: der „Schießbefehl“ auf Geflüchtete (Frauke Petry), der zunächst von Beatrix von Storch unterstützt wird, dann abgelehnt wird. Jörg Meuthen formuliert eine dazu konträre Position („niemand will auf Flüchtlinge schießen“), wobei er durch seine Aussage offen lässt, ob nicht irgendwann – nach seiner Einschätzung! – geschossen werden *muss*. Beatrix von Storch fordert Bürgerkriegsflüchtlinge gar nicht zu integrieren, sondern zu internieren und nach Ende des Bürgerkrieges in Syrien wieder zurückzuschicken etc. Eine klare Position ist kaum erkennbar, da die Positionen immer wieder relativiert, dementiert, dann wieder verstärkt werden.

Es empfiehlt sich sehr, die Positionen des/der jeweiligen Diskussionspartners/-partnerin vorab zu recherchieren - was über deren Facebook-Accounts ganz gut funktioniert - und dann Vergleiche mit dem Wahlprogramm anzustellen. Die sich daraus ergebenden Widersprüche sind in der Diskussion meist sehr gut verwendbar.

2. „Wir sind gar nicht rechts!“

Viele Vertreter*innen der AfD bestreiten rundheraus, politisch rechts zu stehen. Sie bezeichnen sich als konservativ, rechnen sich selber aber der „Mitte“ zu. Zum einen wird darin ein Phänomen sichtbar, das mit „Normalisierungstrend“ bezeichnet wird. Rechte oder gar extrem rechte Positionen werden als normal, als Positionen der politischen Mitte bezeichnet, um sie dort salonfähig zu machen. Zum anderen: Es gibt Merkmale, die rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen kennzeichnen. (vgl. z.B. Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006).

- a) Kern ist die Konstruktion einer bedrohten Gesellschaft, deren Kultur, Werte, Identität in Frage steht bzw. von außen gefährdet ist. Das ist bei der AfD in allen Positionen kennzeichnend.
- b) Die Ablehnung aller etablierten politischen Parteien, die mal als Kartell, mal als „Systemparteien“, mal als „Altparteien“ bezeichnet werden. Dazu passt das durchgehende Motiv einer angeblich durch das Diktat des „political correctness“ eingeschränkten Meinungsfreiheit. Die Wahrheit, so der Duktus, darf nicht gesagt werden, es braucht Mut, ja Verwegenheit, die „Fakten“ zu benennen etc. Dahinter stecken verschwörungstheoretische Vorstellungen von einer Politik, die den Menschen eben diese Wahrheit (für die die Rechtspopulisten sich dann zuständig erklären) verschweigt. Das ist auch der Kern des Begriffes „Lügenpresse“ – den die AfD allerdings mindestens offiziell kaum benutzt. Sie spricht von einer „gleichgeschalteten“ Presse, was letztlich dasselbe ist. Interessant dabei ist, dass die „Mutigen“ unbeirrt behaupten, genau das, was sie im Moment gerade tun (nämlich ihre Meinung äußern), wäre nicht erlaubt, nicht möglich oder mit Sanktionen verbunden. Das ist einigermaßen kurios und argumentativ gut in Stellung zu bringen.
- c) Zum Rechtspopulismus gehören auch bestimmte Vorstellungen von Geschlechterrollen, in denen die Frau als Herz der Familie, als Betreuerin der Kinder etc. gesehen wird. Das finden wir bei der AfD mehrfach. So wird beispielsweise das Gendermainstreaming (die Berücksichtigung unterschiedlicher

Lebenslagen der Geschlechter in politischen Entscheidungen, Projekten etc.) als übertrieben und unnötig abgelehnt.

- d) Ein weiteres Merkmal: Ablehnung bestimmter sozialer oder ethnischer Minderheiten. Das wird an verschiedenen Stellen konkret, beispielsweise im Umgang der AfD mit dem Islam. Der Islam gehöre nicht zu Deutschland, er bedrohe „unsere“ Kultur und unsere Werte. Die Ablehnung von Geflüchteten, die Forderung nach Schließung der Grenzen und der „Schießbefehl“ (den Frauke Petry und andere befürworten) gehören zu dieser Facette dazu. Darüber hinaus wird von einander widersprechenden Kulturen gesprochen, die im Konflikt miteinander stehen. Es gibt die „abendländische“ Kultur, die bedroht wäre durch „andere“ oder „fremde“ Kulturen, die häufig religiös aufgeladen werden (z.B. muslimische Kultur). Abwertungen beispielsweise durch die Zuschreibung von Kriminalität, die als Eigenschaften von Ethnien, teilweise auch von sozialen Randgruppen gesehen werden – und eben nicht als Ergebnis sozialer oder ökonomischer Strukturen, kommen hinzu.
- e) Law and Order: Programm rechtspopulistischer Parteien ist meist die Forderung nach harten Strafen, Aufstockung der Polizei, Überwachungsmaßnahmen. Das zielt auf Repression und Abschreckung und verbindet sich mit fremdenfeindlichen Motiven. So klebt die AfD beispielsweise Wahlplakate, auf denen „Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter“ gefordert wird, daneben die Stichworte „Köln – Hamburg – Stuttgart“ (zur verwandten Argumentationsfigur „Eindeutige Rechtslage“ s.u.)

Auch wenn sich die Partei noch so sehr dagegen wehrt: sie erfüllt sehr viele Kriterien einer rechtspopulistischen Partei.

3. Kronzeugen-Strategie

Die Strategie ist auch aus anderen Zusammenhängen bekannt: Es wird ein*e Vertreter*in der abgelehnten Gruppierung gesucht, der/die die eigenen Ressentiments gewissermaßen aus einer „Innensicht“ bestätigt und der/die durch die (teils ehemalige) Zugehörigkeit zu dieser Gruppierung besondere Glaubwürdigkeit besitzt. Die vertretene Position soll damit unangreifbar werden.

Kronzeuge ist in diesem Fall Kevork Almassian, ein Syrer, der als „Journalist und Nachrichtensprecher“ bezeichnet wird und der auf Veranstaltungen der AfD immer wieder auftaucht. Markus Frohnmaier, AfD-Kandidat für den Wahlkreis Villingen-Schwenningen, nennt ihn seinen Freund. Allem Anschein nach steht Almassian der Linie der syrischen Regierung nahe.

Almassian beschreibt in einem Redebeitrag, den Frohnmaier in einem Facebook-Post vom 28.01.16 zitiert, die Geflüchteten sehr pauschal sinngemäß als drogen- oder alkohol-abhängige Langschläfer, die ihre Helfer*innen ausnutzen und beleidigen und letztlich darauf hinarbeiten, Deutschland unter muslimische Vorherrschaft zu stellen. Diese Beobachtungen sind undifferenziert und einigermaßen kurios, werden von der AfD aber als Beleg für ihre Positionen gesehen.

Willkommenskultur hat laut AfD die Folge, dass sich die Geflüchteten respektlos oder gar kriminell verhalten. These: Wenn „man“ die nur lässt, dann leben die das aus, was gewissermaßen in ihnen steckt. Suggestiert wird, dass es zu einer muslimischen Hegemonie in Deutschland kommt, auf die gewissermaßen bereits unerkannt hingearbeitet wird. Eine Dekonstruktion könnte so aussehen:

In dieser These stecken verschiedene Aussagen:

1. Zunächst ist das erneut die Vorstellung, „Flüchtlinge“ seien eine Gruppierung von Menschen, die alle dieselben Merkmale aufweisen. Differenziert wird bestenfalls nach Nationalstaaten: „die Syrer“, „die Iraker“ etc.
2. Die Tatsache, dass unter den Geflüchteten viele Menschen nicht-muslimischen Glaubens sind, wird unterschlagen.

3. Das, was die unzähligen Helfer*innen täglich leisten, wird letztlich als Unterstützung frauenfeindlicher, islamistischer Bestrebungen diskreditiert. Die Helfer*innen werden als gutgläubige, naive Willkommenskultur-Deppen hingestellt, die sich von „den Flüchtlingen“ hinters Licht führen lassen und deren wahre Absichten nicht erkennen.
4. Die AfD suggeriert, dass die von ihr konstruierte Gruppierung „Flüchtlinge“ tatsächlich in der Lage ist, hegemoniale Ansprüche durchzusetzen. Der soziale Status der Geflüchteten in Deutschland befindet sich am unteren Ende der Skala. Sie werden deutlich unter der Höhe des Hartz IV-Satzes staatlich alimentiert, leben in Lagern oder Gemeinschaftsunterkünften, sind gebunden an gesetzliche Vorgaben, die ihre Bewegungsfreiheit einschränken, sind kaum in den Arbeitsmarkt eingebunden, sodass sie aus Erwerbsarbeit selten größere materielle Ressourcen ziehen könnten. Sie sind damit beschäftigt, sich hier zurechtzufinden, weil ihnen ihre neue Umgebung völlig unbekannt ist. Einer solchen Gruppe von Menschen zu unterstellen, sie wäre in der Lage, religiöse oder andere gesellschaftliche Diskurse in ihrem Sinne zu dominieren und die diesen entsprechenden Vorstellungen/Ideologien im Konflikt mit der autochthonen Bevölkerung hegemonial in der gesellschaftlichen Praxis zu etablieren, ist ziemlicher Unsinn. Das wäre in der Geschichte einmalig.

Eine genaue Analyse macht also deutlich, dass der Kronzeuge Thesen aufstellt, die mindestens widersprüchlich, unlogisch sind. Wichtig ist, gerade solche Kronzeugen besonders intensiv zu hinterfragen.

4. „So meinen wir das gar nicht.“ – Banalisieren, Relativieren und Verschieben von Bedeutungen

Im erwähnten Interview das die „Stuttgarter Zeitung“ mit Jörg Meuthen, Spitzenkandidat der AfD, geführt hat, finden sich weitere bemerkenswerte Antworten. Meuthen geht letztlich auf kaum eine Frage substantiell ein. Wird er mit dem Satz „...Merkel lockt hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland...“ aus dem Wahlprogramm der AfD konfrontiert, leitet er daraus die „Grundaussage“ ab, die derzeitige Zuwanderung wäre „unakzeptabel hoch“. Die Zahl selber leitet er aus einer Studie ab, nach der weltweit angeblich 640 Mio. Menschen ihr Land verlassen wollen. Immer wieder weist er darauf hin, dass er mit manchen Dingen im Wahlprogramm nicht einverstanden ist. Dieses Interview ist ein sehr gutes Beispiel. Wie genau argumentiert er?

Meuthen banalisiert („das eine oder andere Adjektiv hat für mich einen reißerischen Duktus...“), relativiert („...der nicht meiner ist.“), indem er sich distanziert und nimmt eine sehr deutliche Verschiebung der Bedeutung vor. Die Aussage, es würden hunderte Millionen Armutsflüchtlinge hierher gelockt, löst bei vielen nur eine Reaktion aus: Angst. Das ist auch ihr Ziel. Das wird dann ganz deutlich, wenn der Folgesatz hinzugenommen wird, der lautet: „Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“ Das Szenario, das hier gezeichnet wird, ist schlicht. Meuthen macht daraus: die Zahl der Zuwanderer wäre „unakzeptabel hoch“. Er verschiebt die Bedeutung und macht so aus dem Spiel mit den Ängsten der Menschen eine Binsenweisheit.

Am Rande: Zudem wird die Studie in ihren Aussagen missbraucht. Meuthen suggeriert, alle diese Menschen wollten nach Deutschland kommen. Das steht dort aber nicht. Ähnliche Argumentationslinien verfolgt die AfD übrigens mit der Zahl von 60 Mio. Geflüchteten weltweit. Auch hier wird suggeriert, diese Menschen wären alle auf dem Weg nach Deutschland.

Zugespielt: die AfD schürt die Ängste der Menschen und versucht, daraus Kapital zu schlagen und ihr Spitzenkandidat verschleiert das.

Auch an dieser Stelle scheint der „Kampf der Kulturen“ durch, ein Merkmal rechtspopulistischer Parteien (s.o.) Dieser Kampf der Kulturen ist jedoch mit Blick in die Geschichte ziemlicher Unsinn: kultureller Ausdruck von Menschen hat sich zu allen Zeiten gegen-

seitig beeinflusst, befruchtet, ist aber auch in Konkurrenz getreten. Was es nie gab: abgeschlossene kulturelle Räume – und heute weniger denn je, wenn wir nur an das Stichwort „Globalisierung“ denken.

Ein zweites Beispiel aus diesem Interview wurde oben schon genannt: Meuthen wird mit der Aussage, es gäbe eine „gleichgeschaltete Presse“ aus dem Wahlprogramm konfrontiert. Meuthen lehnt diese Aussage schlicht ab und sagt, das würde er nie so sagen. Damit relativiert er entweder das Wahlprogramm seiner eigenen Partei oder seinen Möglichkeit, Einfluss auf dieses Programm zu nehmen. Auch das vorsichtig gesagt: kurios.

5. Argumentation mit Einzelfällen

Auch das kennen wir aus anderen Zusammenhängen: Es gibt immer Einzelfälle, die eigene Positionen und Erfahrungen bestätigen. Gerade beim Thema Geflüchtete ist hier Vorsicht geboten. Denn: wenn in der Diskussion geschilderte Erfahrungen als Ausnahmen, eben als Einzelfälle bezeichnet werden, kommt schnell der Vorwurf der Verharmlosung, den Schönredens oder des Wegredens von Problemen. Besser ist es, Einzelfälle als (meist nicht belegbare) Erfahrungen stehen zu lassen, gleichzeitig aber deren Subjektivität zu betonen. Darüber hinaus ist es wichtig, aktuelle Zahlen parat zu haben.

6. Wie genau soll das gehen? – Lösungsvorschläge der AfD zum Thema Geflüchtete

Die AfD schlägt vor, die Grenzen zu schließen und das Asylrecht abzuschaffen. Wie eine solche Grenzschießung funktionieren soll ist in der aktuellen Debatte unklar. Der „Schießbefehl“, die die Vorsitzende Frauke Petry ins Spiel gebracht hat (unterstützt von Beatrix von Storch), wird vom Spitzenkandidaten Jörg Meuthen abgelehnt. Nicht ganz so eindeutig ist da Markus Frohmaier, Vorsitzender der „jungen Alternative“ und Landtagskandidat für den Wahlkreis Villingen-Schwennigen“. Er verweist auf die „Rechtslage“, nach der (so legen seine Äußerungen nahe) Schusswaffengebrauch bei illegalem Grenzübertritt möglich wäre.

Die AfD will das Dublin-Abkommen wieder strikt anwenden („geltendes Recht“) und die über Österreich einreisenden Geflüchteten dorthin zurückschicken, die ja aus einem sicheren Drittstaat kämen.

Eine weitere Idee: diejenigen, die aus den Bürgerkriegsgebieten nach Deutschland geflüchtet sind, wären ohnehin nur kurze Zeit hier. Deshalb ergäbe sich daraus überhaupt keine Integrationsaufgabe. Nach Ende des Bürgerkriegs kehren die Menschen ohnehin zurück. Wie das in der Praxis aussehen soll, ist nicht klar. Konsequenz zu Ende gedacht ist das die Idee von Flüchtlingslagern ähnlich derer in der Türkei oder im Libanon. Neben den Fragen nach menschenwürdiger Unterbringung liegen die sozialen Probleme, die daraus entstehen, auf der Hand.

Interessant sind auch die vielfachen Doppelbotschaften. Auf der einen Seite sollen die Geflüchteten sich geräuschlos integrieren, deutsch lernen, die „abendländischen Werte“ übernehmen und unsere Normen und Regeln ausnahmslos und korrekt bei Androhung der Abschiebung befolgen. Auf der anderen Seite zeigen ihnen die Vertreter*innen dieser „abendländischen Werte“ immer wieder, dass sie unerwünscht sind, dass sie nicht integriert werden sollen, dass sie hier keine Zukunft haben. Das sind auch im Alltag von Geflüchteten spürbare Anomien, die Unsicherheiten und Ängste erzeugen und schwer auszuhalten sind – gerade auch in prekären Lebenssituationen. Das hat letztlich die Wirkung einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: je schwieriger die Situation für die Geflüchteten wird, desto schwerer fällt ihnen das Einhalten von Regeln – das dann wiederum gegen sie verwendet wird.

Letztlich ist es kaum möglich, in den Ideen und Vorschlägen der AfD realisierbare Anteile zu entdecken. An dieser Stelle empfiehlt sich die „Skalpellen-Technik“: Mit der Frage, wie genau eine Idee in der Realität aussehen soll, eine Konkretion der Idee unbeirrbar einfordern.

7. „Wir sind das Volk“ – Umgang mit dem Begriff „Volk“

Der Begriff „Volk“ wird in unzähligen Aussagen der AfD, auf allen Ebenen, wieder und wieder benutzt (beispielsweise als Slogan der AfD in Rheinland-Pfalz: „Politik für das eigene Volk“, <https://www.youtube.com/watch?v=uCIU2eVq6AY>). Es ist die bekannte Behauptung vieler rechtspopulistischer und extrem Rechter Gruppierungen, dass sie diejenigen wären, die „Volkes Wille“ oder das „gesunde Volksempfinden“ zur Sprache brächten, gewissermaßen die Vertreter*innen einer schweigenden Mehrheit seien. Das Wählerpotenzial, das die AfD derzeit nach den Umfragen mobilisieren kann, liegt zwischen 10 und 15%. Bei den Europawahlen waren es 8,9%.

Es kann davon ausgegangen werden, dass etwa 15% ein so genanntes „rechtsextremistisches Einstellungspotenzial“ haben (vgl. z.B. Decker/Brühler in ihren „Mitte“-Studien, oder: Stöss, 2007, S. 68).

Die Frage ist jeweils, wer aus der Sicht solcher Gruppierungen zum „Volk“ gehört. So ist die Aussage der AfD, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, ein Hinweis darauf, wer nicht gemeint ist. Es ist also wichtig, dass der Begriff „Volk“ auseinandergenommen wird. Was bedeutet das? Wer gehört dazu, wer nicht? Woher weiß die AfD, was der „Wille“ des „Volkes“ ist?

8. Die Rechtslage ist eindeutig – „unideologischer Sachverstand“

Immer wieder bemüht die AfD die Argumentationsfigur einer vermeintlich eindeutigen Rechtslage (z.B. Beatrix von Storch in der Talksendung „Anne Will“ am 24.01.2016). Die AfD behauptet, die Bundesregierung würde geltendes Recht brechen. Sie suggeriert beispielsweise beim „Schießbefehl“ eine eindeutige Rechtslage, die dieses erlaube und argumentiert mit dem so genannten „Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes“. Das ist jedoch definitiv falsch (vgl. RP-online, „Den Schießbefehl an der Grenze gibt es gar nicht“ v.01.02.2016). Grenzschutzbeamten machen sich sogar strafbar, wenn sie in einer solche Situation Waffengewalt anwenden.

Informationsquellen

Es gibt im Internet zahllose Quellen zur AfD und ihren Positionen. Ergiebig sind in der Regel auch die teils aktiv betriebenen Facebook-Auftritte der Parteispitzen und der Wahlkandidat*innen.

Eine enorme Materialfülle findet sich in der aktuellen Studie der Otto-Brenner-Stiftung unter diesem Link:

<https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-20-die-afd-vor-den-landtagswahlen-2016-programme-profile-und-potenziale.html>

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet einiges zum Download an, z.B.

<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11390-20150911.pdf>

Immer wieder aktuelles Material findet sich bei:

<http://www.diss-duisburg.de> unter dem Stichwort „AFD-Sondierungen“